



## **Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung**

Abgeordneter Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Planfeststellungsverfahren Elbe-Saale-Kanal**

Kleine Anfrage - **KA 6/7096**

#### **Vorbemerkung des Fragestellenden:**

Bei einem Treffen des Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff und Landesverkehrsminister Thomas Webel mit dem Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer am 23. Mai 2011 in Berlin wurde vereinbart, einen Scoping-Termin in absehbarer Zeit durchzuführen, um zu prüfen, wie die Zukunft des Ausbaus des Saale-Seitenkanals aussehen könnte (vgl. Staatskanzlei - Pressemitteilung Nr.: 275/11).

#### **Antwort der Landesregierung erstellt vom Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr**

- 1. Verfolgt die Landesregierung beim Scoping-Termin mit dem Bundesverkehrsminister die Absicht, ein Planfeststellungsverfahren für den Ausbau des Saale-Seitenkanals in Gang zu setzen?**

Ja, die Landesregierung verfolgt mit dem Scoping-Termin die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens und erneuert ihre Absicht, im Zuge des anstehenden Verfahrens gemeinsam mit dem Bauträger eine weiträumige Grundwassersanierung sowie die Renaturierung des Unterlaufs der Saale in die Planungen mit einfließen zu lassen. Dies wird sich sehr positiv auf die Lebensqualität, den Artenschutz und die Ausweisung von naturnahen Räumen auswirken und das Biosphärenreservat westelbisch quantitativ und qualitativ erweitern.

- 2. Wie hoch schätzt die Landesregierung auf Grundlage von Erfahrungswerten die finanziellen Gesamtkosten für ein mögliches Planfeststellungsverfahren für den Ausbau des Saale-Seitenkanals ein?**

Diese Frage kann von der Landesregierung nicht beantwortet werden, da die Zuständigkeit für das Planfeststellungsverfahren zum Ausbau des Saale-Seitenkanals beim Bund liegt.

- 3. Zu welchem Anteil wären die zu erwartenden Kosten auf Grundlage von Erfahrungswerten für ein Planfeststellungsverfahren für den Ausbau des Saale-Seitenkanals auf Bund und Land verteilt?**

Die zu erwartenden Kosten des Planfeststellungsverfahrens für den Ausbau des Saale-Seitenkanals liegen zu 100 % beim Bund, da dieser eine Bundeswasserstraße ist.